

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

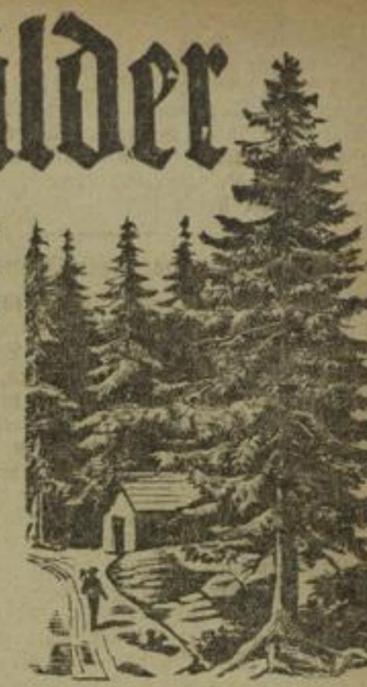
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezahlpflicht monatlich 90 Bg. Dazu die Post im Reichsdruckverkehr 2,35 M. in Württemberg 2,5 M. vierteljährlich hierin Postgebühr 10 Bg. Druck und Verlag des Hofmann'schen Buchdruckers (Inhaber: G. Reinhardt). Für die Redaktionen verantwortlich: G. Ham Wildbad.

Zweiigen 12 Bg. von auswärts 15 Bg. die Postgebühr oder deren Raum. Reklame 25 Bg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.



Nr. 17

Samstag, den 14. Juni 1919

36. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Ans Werk!

„Bietet die Herzen, o, bietet die Hand, daß sich hebe der Herd im Vaterland! Ans Werk, ans Werk! es ist Gottes Will! Auch dem, der dem Ruf nicht folgen will: ans Werk! ans Werk! Wilhelm Haas.“

Wochenrundschau.

Scheinbar sind die Beratungen des Vierzehnten der deutschen Gegenentwürfe zum Frieden in der ersten Hälfte der abgelaufenen Woche um keinen Grad vorwärts gekommen. Was am einen Tag beschlossen wurde, wurde am andern wieder umgestoßen. Und zweifellos bestehen zwischen Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen. Die Öffentlichkeit, mit der diese Tatsache immer wieder halbamtlich in Abrede gestellt wird, ist zu verdächtigt. Wichtiger aber ist der Widerstand, den die Vertreter der vier feindlichen Großmächte mehr und mehr im eigenen Lande finden. Man hat dabei nicht nur an die wirtschaftlichen Streiks der Arbeitermassen besonders in Frankreich zu denken, so ungelegen sie auch besonders im gegenwärtigen Augenblick den Machthabern sein mögen und so bedeutungsvoll sie gewiss an sich sind. Gefährlicher noch kann bei den eigenartigen parlamentarischen Verhältnissen Frankreichs der Gewalttätigkeit Clemenceaus der Umstand werden, daß er es durch eine rücksichtslose Handhabung der Zensur und einige besondere Mißgriffe gegen Pariser Blätter, so den „Matin“ — der übrigens immer zu den gehässigsten Verleumdern Deutschlands gehört hat — mit einem großen Teil der Presse verschätzt hat. Dazu kam wieder einmal die Enthüllung eines Skandalstücks. Es handelte sich um die Begünstigung der Trübsalergerei der Söhne von Finanzgrößen und ähnlichen schönen Dingen. Diese Sachen wurden in der Kammer vorgebracht und sie erschienen Clemenceau wichtig genug, die Arbeit im Vierzehnten anzusehen und sich vor den Abgeordneten zu verteidigen. Er stellte die Vertrauensfrage und mit knapper Mehrheit, mit 276 gegen 137 Stimmen bei 120 Stimmenthaltungen (letztere sind tatsächlich der gegnerischen Seite zuzurechnen; 51 Abgeordnete fehlten) wurde die Haltung der Regierung gebilligt. Aber das Stimmentverhältnis läßt erkennen, daß die Clemenceau-Mäßigkeit in Frankreich auf dem Punkte steht, allgemein zu werden: über eine Kleinigkeit, über einen Zufall kann er stolpern. — Weber die Stimmung in England schreibt der vielgelesene und einflussreiche Londoner „New Statesman“, das Blatt der Fabier-Gesellschaft (Fabian Society) und gleich dem „Matin“ bisher eines der deutschfeindlichsten Blätter: „Im öffentlichen Leben (Englands) mögen die Friedensbedingungen Verteidiger finden, im Einzelleben tritt niemand dafür ein. Wenn Deutschland sich weigert, zu unterzeichnen, wird jeder Engländer sagen: Recht so, wie würden es auch so machen. In keinem englischen Wahlkreis würde heute ein Kandidat durchkommen, der forderte: „Meine Zugeständnisse den Deutschen.“ In England würde jedenfalls eine Regierung, die den Waffenstillstand kündigte, um die Bedingungen zu erörtern, ein sehr kurzes Leben haben.“ — Auf die Haltung Lloyd Georges, der nach Blättermeldungen auf einmal merkwürdig verjählich geworden sein soll, wirkt das immerhin ein neues Licht. Von sich aus wäre er gewiß der Letzte, der den „Dunnen“ Zugeständnisse machte, aber er scheint das Bedürfnis zu fühlen, die Fägel der Regierung auch über den Friedensschluss hinaus in der Hand zu behalten. — Daß in Italien die Gegnerschaft gegen die Regierung Orlando wächst —, der Ministerkollege Sonnino trägt dazu bei, soviel er kann —, ist bekannt. Am interessantesten ist aber der fast vollständige Rückzug des amerikanischen Senats mit Wilson. Die letzten Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten haben bekanntlich im Senat und im Repräsentantenhaus die republikanische Partei ans Ruder gebracht und es lag klar nahe, daß damit der Selbstherrlichkeit Wilsons, des Führers der bis dahin in der Mehrheit befindlichen demokratischen Partei, das letzte Stündlein geschlagen habe. Das diktatorische Gebaren Wilsons erregte freilich

gendes Mißbehagen und schon seine verfassungswidrige Reise nach Europa wurde ihm schwer verübelt. Der Völkervertrag wurde von den Amerikanern überwiegend mißbilligt, denn der Amerikaner will mit dem Europäer, auch mit den „Dunnen“ gute Geschäfte machen und verachtet es, nach Wilsons Art seine Nase in alle möglichen Angelegenheiten derer über dem großen Wasser zu stecken. Dafür verlangt er aber auch — nach der bekannten Monroe-Doktrin, daß kein Europäer oder „schwer“ sich um die Dinge im Erdteil Amerika kümmere. Amerika den Amerikanern d. h. den Vereinigten Staaten. Und nun gar die Verpflichtung, Frankreich sofort beizuhelfen, wenn es mit Deutschland wieder einmal in die Haare geraten sollte, was bei dem immer noch Friedensvertrag doch kaum zu vermeiden wäre. Das ist ganz und gar unamerikanisch. Es ist begreiflich, daß auch Wilson den Senat und das amerikanische Volk den Wortlaut des Friedensvertrags nicht wissen lassen wollte, bis er ihn unerschrocken in der Tasche hatte. Aber der Senat ließ sich diese verfassungswidrige und geringfügige Behandlung nicht so ruhig gefallen, wie anscheinend die Parliamente in Frankreich, England und Italien. Er forderte Wilson wiederholt auf, den Wortlaut des Vertrags bekannt zu geben, und als das nicht fruchtete, brachte ein Berichterstatter der „Chicago Tribune“ trotz der englischen Zensur ein Exemplar aus Deutschland hinüber. Als Wilson das erfuhr, wurde er höchst empört und er telegraphierte dem Senat, der Vertrag dürfe nicht veröffentlicht werden und dem Berichterstatter sei der Prozeß zu machen. Aber der Senat kümmerte sich nicht darum, er ließ vielmehr den Vertrag sofort im Druck vervielfältigen und übergab ihn der Presse zum Abdruck. Jetzt weiß man in ganz Amerika, in welcher Weise die Alliierten und Assoziierten mit dem überlisteten Deutschland umgesprungen sind was es mit dem „Völkervertrag“, mit den 14 Punkten und anderen Dingen für ein Verwandnis hat und auf welcher Seite Recht und Unrecht, Ehre und Wahrheit ist. Es ist nicht unmöglich, daß der Senat und das Repräsentantenhaus in Washington noch ein Wortchen sprechen bevor die Entscheidung fällt, auch wenn man in der Öffentlichkeit noch nichts davon erfährt. Bis jetzt sind im Senat schon verschiedene Anträge eingebracht worden die zunächst den famosen Völkervertrag oder richtiger: den neuen Verbund unmöglich machen können.

Daß solche Zwischenfälle den Herren der Friedenskonferenz schicklos in die Quere kommen, versteht sich von selbst. Ein englisches Blatt, der „Daily Telegraph“, weiß daher auch von Verwirrung, Verbitterung und Müdigkeit zu berichten, die in den maßgebenden Kreisen der Alliierten herrschen sollen. Es könnte auch nicht Wunder nehmen, wenn dem so wäre: es wäre vielmehr verwunderlich wenn alle die Nachsicht und Barmherzigkeit, aus der der Vertrag geboren wurde, nicht schließlich doch brüchig würde. Nach der französischen Nachrichtenagentur Havas ist nun der Vierzehnte mit der Beantwortung der deutschen Gegenentwürfe am 11. Juni endlich fertig geworden. Den Gedanken der glatten Ablehnung der Vorschläge hat man aus den oben genannten Gründen nicht anrecht erhalten können. Nur Herr Clemenceau blieb unentwegt, aber er wurde überstimmt und ingrimmig mühte er — unter Protest — sich fügen. Freilich ist es herzlich wenig, was Havas da an Zugeständnissen meldet. In einem Teil Oberflächlich soll über dessen künftige Zugehörigkeit unter der „Aufficht“ der Entente eine Volksabstimmung zugelassen werden. Ferner wird mit ziemlich unklaren Worten die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund in Aussicht gestellt, womit gewisse wirtschaftliche Vorteile, wie der ungehinderte Bezug von Rohstoffen, verbunden sein sollen. Mit keiner Silbe wird aber erwähnt, daß Deutschland gleichberechtigtes, namentlich politisch gleichberechtigtes Mitglied werden könne. Außerdem wird ausdrücklich betont, daß die französischen Mitglieder des Völkerverbundes ausnahmslos, der zunächst über die Aufnahme zu entscheiden hat, gegen die Beteiligung Deutschlands stimmen werden. Das ist nun nach dem vorläufigen Havas-Bericht beinahe alles, was an Zugeständnissen gemacht ist. Von „a Kolonien ist nicht die Rede, die will England behalten. Von Danzig, Ost- und Westpreußen, von Polen, von der Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, vom Saarbecken, von den Handelsverträgen kein Sterbenswortchen. Und unsere Kriegsgefangenen? Die Verzugnisse

der famosen „Entschädigungskommission“, wichtiger der dauernden Inanquisitionsansprüche sollen zwar „festgelegt“ werden, dafür scheint aber der Vierzehnte eine Formel gefunden zu haben, die dem Ausdrucks weiten Spielraum läßt. Dieser hat nämlich darüber zu machen, daß die Jahresgelder pünktlich eingehen und daß die Steuerzahler in Teutland nicht weniger Abgaben zu entrichten haben als in irgend einem der kriegsführenden Länder. Durch diese Bestimmung wird gerade das verträglichste festgelegt, was die Gegenentwürfe abgewendet wissen wollten: die Einmischung einer fremden Finanzkommission in die inneren Steuerverhältnisse des Reichs.

Ein besonderes Gewicht erhält die Besugnis-Bestimmung noch dadurch, daß der Vierzehnte die Hauptforderung Deutschlands, die genaue Festlegung der Entschädigungssumme, abgelehnt hat. Der Entschädigungskommission bliebe es demnach unbenommen, die Entschädigungssumme so hoch und so lange anzusetzen, als sie will und als die finanziellen Verhältnisse Frankreichs, — auf das es allein ankommt, da Belgien schon nach den ersten zwei Jahren überreichlich entschädigt sein wird — Zinskäufe für möglichstenwert erscheinen lassen. Das ist nicht mehr eine Wiedergutmachung allein, sondern eine Kriegskostenentschädigung zugleich, die ja bekanntlich nach den 14 Punkten ausgeschlossen sein soll; und zwar eine Entschädigung, wie sie sich schlimmer nicht denken läßt. Durch das ungeheuerliche Angebot von 100 Milliarden Goldmark oder 300 Milliarden unteres jetzigen Geldes hoffte die Reichsregierung — neben verschiedenen anderen Leistungen — die Wiedergutmachung ablösen zu können. Den Franzosen genügt das aber nicht; sie wollten 200 bis 250 Milliarden Goldmark oder noch lieber die Schraube ohne Ende.

Nun soll am 13. oder 14. Juni die Antwort des Vierzehnten der deutschen Friedensabordnung ohne jede Feindlichkeit übergeben werden. Acht Tage hat Deutschland Zeit zur Überlegung. Wird auch der abgeänderte Vertrag abgelehnt, so sollen die feindlichen Heere sich sofort ins Innere Deutschlands in Bewegung setzen, denn in den acht Tagen ist die dreitägige Frist zur Kündigung des Waffenstillstands abgelaufen. Die neue Besetzung erstreckt sich, wie es hieß, auf weit mehr als den vor kurzem noch in Aussicht genommenen 80 Kilometer-Würtel; das Besetzungsgebiet soll etwa Hannover mit Bremen, Westfalen, Hessen-Nassau, Baden, Württemberg und den Westrand Bayerns umfassen. Wir wollen ruhig abwarten. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung, die wohl am 16. Juni in Weimar zusammentritt, werden sich auch durch die Besetzung einen unannehmbaren Frieden nicht abzwängen lassen. Wegen der Besetzung könnten wir nichts machen, aber was wird der Feind mit ihr gewinnen? Die feindlichen Parlamente und Völker werden doch endlich sich erklären müssen, wie lange sie eigentlich den nutzlosen Krieg noch fortsetzen wollen. Der Zustand, daß große Völker von vier Mächten wie unmündige Kinder behandelt werden, ist unmöglich mehr lange fortgeführt werden. Kommt Zeit, kommt Rat.

Die „rechtliche“ Position des Verbands wird sowieso immer schwächer, nicht bloß tatsächlich, das war sie von je, sondern auch in der Öffentlichkeit. Die gleichzeitige Veröffentlichung der Verteidigungsschrift des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und des mit ihr wohl in innerem Zusammenhang stehenden deutschen Reichsbuchs hat den viereinhalb Jahre lang betriebenen Schwindel von der deutschen Schuld am Kriege offenkundig widerlegt und gezeigt, wo die wirklichen Kriegsverheber sitzen. Namentlich ist die lede Gründung des sogenannten Kronrats am 6. Juli 1914 in Potsdam, in dem der Überfall auf die arme unschuldige Entente beschlossen worden sein sollte, bloßgestellt worden. Für vernünftige Menschen wäre die Enthüllung kaum nötig gewesen, denn der gesunde Menschenverstand erkennt, daß der deutsche Kaiser nicht seine gewohnte Sommer-Kordlandreise angetreten hätte, wenn er einen so ersten Krieg im Zuhilfenahme hätte. Der Kaiser mußte ja auch eilig die Reise unterbrechen, sonst wäre er von den „abnungsgelosen“ Feinden, noch abgefangen worden. Bezeichnend ist übrigens, daß das Rätschen vom Kronrat in Deutschland ausgebeutet worden sein soll. Die feindlichen Regierungen werden die deutschen Dokumente zwar unbeachtet lassen, aber sie werden nicht verhindern können, daß sie schließlich

doch den Weg zum Bewusstsein der Leser finden und die Zeit wird ihr Urteil irreführen. Es ist nur bedauerlich, daß die Ausgabe der „Erinnerungen“ des früheren Generalstabchefs von Moltke über die Vorbereitungen zum Weltkrieg, die schon gedruckt sind, aus unbekanntem Grunde in letzter Stunde unterlassen wurde. Sie würden gewiß eine wertvolle militär-politische Ergänzung der diplomatischen Beweislücke Bethmann Hollwegs gebildet haben.

Die Ausfüllung der Vermögensabgabefasson

Durch den verlorenen Krieg ist der Staat leider genötigt, neben ungeheuren Steuervermehrungen und Erhöhungen eine besondere große Vermögensabgabe zu fordern. Wie hoch letztere sein wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Zunächst verlangt der Staat die Aufstellung des Vermögens. Die betreffenden Formulare werden jetzt von den Steuerämtern ausgegeben. Wer ein solches Formular nicht erhält, muß sich ein solches verschaffen und ausfüllen, weil alle Personen mit über M. 10000 Vermögen verpflichtet sind, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen. Diejenigen, die weniger als M. 10000 Vermögen besitzen, dürfen aber nicht meinen, daß sie von der Vermögensabgabe verschont bleiben, denn sie werden später ebenfalls herangezogen werden. Die Aufstellung hat bis spätestens 30. Juni d. J. zu erfolgen. Die Einreichung an die Steuerämter wird erst später angeordnet. Alle Einzelpersonen sind anmeldepflichtig, wobei das Vermögen von Mann und Frau selbst bei Gütertrennung als ein Vermögen zu fassen ist. Ist der Ehemann durch Kriegsgefangenschaft, Krankheit, Auslandsaufenthalt oder sonst an der Anzeige verhindert, so kann die Ehefrau eine Fristverlängerung bis zur Rückkehr bezw. Genesung des Mannes nachsuchen. Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Gesellschaften m. b. H. sind nicht anzeigepflichtig, ebenso auch nicht offene Handelsgesellschaften als solche, wohl aber die Anteilsbesitzer und Teilhaber dieser Firmen mit ihrem diesbezüglichen Vermögensgutachten.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich auf 1. Grundvermögen, 2. Betriebsvermögen, 3. Kapitalvermögen, 4. Schulden. Für minderjährige Kinder, welche eigenes Vermögen besitzen, ist ein besonderes Formular von dem Pfleger oder dem Vater auszufüllen. Dieses Vermögen brauchen die Eltern also nicht zu dem übrigen hinzuzurechnen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß alle Schenkungen ohne Gegenleistung, welche in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918, in Beträgen über M. 1000 von Eltern an Kindern vorgenommen worden sind, dem Vermögen der Eltern hinzugerechnet werden müssen. Die Ansicht, daß eine derartige Vermögensverminderung der Eltern zu Gunsten der Kinder nicht der Vermögensabgabe unterliegt, ist falsch. Erlaubt dagegen ist, einer Tochter, wenn sie heiratsfähig ist, zu ihrer Aussteuer Möbel, Betten und sonstige Haushaltsgegenstände zu überlassen. Diese Beträge dürfen vom Vermögen in Abzug gebracht werden. Die Ausstattung (sogenannte Mitgift) dagegen, sofern sie aus Bargeld, Effekten und sonstigen Vermögenswerten besteht, gilt nicht als steuerfrei. Steueradvokaten halten jedoch unter gewissen Umständen auch diese Vergabe von Geld für nicht vermögensabgabepflichtig. Ein Sohn hat keinen Anspruch auf eine derartige Vergünstigung. Zum Grundvermögen gehören beson- dere Grundstücke, Baugelände, zu landwirtschaftlichen, oekonomischen oder zu gärtnerischen Zwecken benutzte Grundstücke; auch das Zubehör gehört zum Grundvermögen, ebenso ist das lebende und tote Inventar miteinzurechnen.

Als Grundwert soll der Verkaufswert am 31. Dezember 1918 angenommen werden. Darin liegt eine gewisse Härte, namentlich beim landwirtschaftlichen Besitz, der von Fall zu Fall durch neu eintretende Verhältnisse große Veränderungen erfahren kann und dem Rechnung getragen werden muß. Wer hier nach bestem Wissen und Gewissen die Fassung mit geringem Betrage vornimmt, ist verpflichtet, die Behörde von der Wichtigkeit seines Wertantrages zu überzeugen. Allgemein ist es nicht möglich, hier bestimmte Anhaltspunkte zu geben, sondern, wie gesagt, eine Entscheidung kann nur von Fall zu Fall vorgenommen werden.

Das Betriebsvermögen ist bei landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien nur auszufüllen, wenn es auf fremden Grundstücken, also gepachteten, angelegt wird.

Hausbesitzer rät die „Deutsche Steuerzeitung“ in Nr. 2 vom Mai d. J. den Hauswert, wie beim Verbleib und bei der ersten Besitz- und Kriegsteuererklärung einzusetzen. Der Umstand, daß die Miets-einnahmen im letzten Jahre höher geworden seien, rechtfertigt allein keine Höherbewertung des Hauses.

Unter Betriebsvermögen ist auch das gewerbliche Vermögen mit aufzuführen, wie z. B. der Anteil eines Gesellschafters an einer offenen Handelsgesellschaft. Personen, welche ins Handelsregister eingetragen sind, sind berechtigt, ihr Vermögen auf Grund des Nettovermögens, soweit dieses aus der Bilanz hervorgeht, aufzuführen. Firmen, die während des Kriegs durch außerordentliche Verhältnisse namhafte Gewinne, welche in der Zukunft natürlich in Begfall kommen, erzielt haben, sind nach den bis jetzt bekannten Erklärungen berechtigt, ein steuerfreies Konto für Minderbewertung des Gesamtunternehmens anzulegen. Jedoch wird der Steuerpflichtige stets den Nachweis zu erbringen haben, daß ein solches Konto nach den jeweiligen Verhältnissen berechtigt ist und durch dasselbe keine Werterhöhung des Unternehmens gegenüber den früheren Jahren eintritt. Besonders der Ausgar des Krieges mit seiner Aussicht auf enorme Steuerlasten hat eine allgemeine Entwertung jeglichen Vermögens herbeigeführt, was namentlich für den Gewerbetreibenden gilt, da dieser zur Zeit überhaupt nicht in der Lage ist, einigermaßen festzustellen, ob sein Betrieb in Zukunft rentabel und konkurrenzfähig sein wird.

Die Bildung eines steuerfreien Kontos wegen Entwertung des Gesamtunternehmens ist neuerdings in der Steuerliteratur ständig anerkannt.

Beim Kapitalvermögen ist sämtliches laudies (flüssiges) Vermögen, bestehend aus Aktien, Schuldverschreibungen, festverzinslichen Wertpapieren, Hypotheken, Darlehen, Bankguthaben, Sparkausguthaben usw. aufzuführen, wobei jedoch die Erlaubnis erteilt ist, zur Vereinfachung der laufenden Ausgaben für 3 Monate einen entsprechenden Abzug vorzunehmen. Zur Ausrechnung des Kurzes ist amtlichermaßen ein Steuerkurs festgesetzt worden; wer ein solches Kursblatt nicht besitzt, kann sich dasselbe bei jeder Bank beschaffen; außerdem ist jedes Bankinstitut gerne bereit, gegen mäßige Gebühr den Wert der betreffenden Papiere auszurechnen.

Bei Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen ist unter Ziffer 6 der Midlauwert per 31. Dezember 1918 oder $\frac{1}{2}$ der einbezahlten Prämien bezw. des einbezahlten Kapitals einzutragen. Die Gesellschaften geben auf Wunsch gerne den Wert der Police an.

Dringend zu empfehlen ist jedem Steuerpflichtigen, daß er eine genaue Abschrift der Fassung anfertigt und solche gut aufbewahrt, denn es wird nicht ausbleiben, daß in absehbarer Zeit neue Vermögensverzeichnisse werden eingereicht werden müssen; in solchem Falle, sowie bei Erbteilungen usw., wird es angenehm sein, wenn die frühere Fassung jederzeit zur Hand ist.

Tedmiß sei angefügt, daß Personen, welche in Schreibungsgeschäften beruflich nicht besonders bewandert sind, gut tun, ihre Fassung zuerst auf der oberen Bogen genau niederzuschreiben und erst, wenn dies geschehen, und alles sorgfältig noch einmal durchgelesen ist, die betreffenden Angaben auf das Formular zu setzen. Auf diese Weise werden Irrtümer vermieden und Änderungen, die vielleicht zu falschen Vermutungen Anlaß geben könnten, erspart. Paul Jlg.

Neues vom Tage.

Berlin, 13. Juni. Der ehemalige Statthalter von Ost-Preußen, Staatssekretär a. D. Dr. Schwander, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern ernannt worden.

Neue Rutsche?

Braunschweig, 13. Juni. Wie die Kommandantur mitteilt, gingen ihr seit einiger Zeit Nachrichten zu, daß die kommunistische Partei verabsichtige, mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, sich der Herrschaft im Lande zu bemächtigen. Diese Nachrichten finden ihre Bestätigung durch die gleiche Wahrnehmung in den Hauptorten des Kommunismus in Norddeutschland. In erster Linie sei Braunschweig in Aussicht genommen. Bewaffnete Rotrosenabteilungen seien als Einzelreisende nach Braunschweig in Marsch gesetzt. Die Überwachung des Bahnhofs in Braunschweig lieferte die Bestätigung dieser Nachrichten. Am 11. Juni wurde sogar eine paratistische Bahnhofskontrolle durch Rotrosen und andere Elemente ausgeübt. Auf keinen Fall konnte die Kommandantur diesem Treiben und dem hochverräterischen Zusammengehen paratistischer Kräfte unregiert zusehen. Diese hat die Auflösung der gestern abend stattgefundenen Zusammenkünfte verhindert, in der Absicht, alle Persönlichkeiten, die nachweisbar an den Vorbereitungen des auf den Sturz der Regierung hinielenden Unternehmens beteiligt sind, festzunehmen und den ordentlichen Gerichten zu übergeben.

Rundgebungen.

Leipzig, 13. Juni. Die Leipziger Wirtschafts-, Handels- und Industrie-Organisationen veranstalteten gestern drei Klassenversammlungen für die Einführung der freien Wirtschaft. Auf Beschluß des Hauptausschusses bleiben sämtliche Lebensmittelgeschäfte bis heute abend geschlossen. — Der Bezirksrat der Unabhängigen und der Ausschuß der Leipziger Gewerkschaftskontrolle veranstalteten eine Gegenkundgebung.

Prinz Max gegen die Unterzeichnung.

Berlin, 13. Juni. Prinz Max von Baden veröffentlicht im „Berl. Tagebl.“ einen Artikel, in dem er erklärt, der unannehmliche Friedensvertrag sei zu stande gekommen, weil den feindlichen Friedensabordnungen ein gefährlicher Tatbestand der europäischen Weltlage vorgeführt worden sei. Der echte Wilson Frieden sei noch nicht verloren. Die Verweigerung der Unterzeichnung sei unsere einzige Hoffnung auf angemessene Abänderung des Vertrags, auch wenn der Feind sein Machtmittel in schonungsloser Weise anwende.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Weimar, 13. Juni. Der Parteitag der sozialistischen Partei Deutschlands sprach heute dem Parteivorstand und den sozialistischen Mitgliedern der Regierung das Vertrauen aus. Darin heißt es u. a.: Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erregt hat und daß manches unterblieben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Vorgriffe und Unterlassungen sind nicht entsetzungen dem Mangel an Einsicht und Tatkraft oder gutem Willen, sondern sie waren die Folge schwerer Verhältnisse, die bisher zu beheben nicht gelungen ist. Der Parteitag sichert der Regierung vollste Unterstützung zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volks ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volks wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung aller Zweige demokratischer Verhältnisse von Schule und Kirche zum Staate im Sinne unseres Programms ordnet, im Herrschen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Veränderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen. Gegen wenige Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die die Einigung der beiden sozialistischen Parteien betrifft.

Die Lage in München.

München, 13. Juni. W. S. meldet, der bayerische Ministerrat habe das Todesurteil Lejines in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Hoffmann, der in der Schweiz weilte, bestätigt. Die anwesenden sozialistischen Minister haben gegen die Erziehung gestimmt. Es wird von einer Ministerkrise gesprochen.

München, 13. Juni. Vom Standgericht München wurde der ehemalige Student der Nationalökonomie, Gustav Klingelhöfer aus Reg., wegen Verbrechen des Hochverrats zu 5 Jahren 6 Monaten Festungshaft unter Annahme mildernder Umstände verurteilt. Seine Frau, die der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats angeklagt war, wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Der Krieg im Osten.

Danzig, 13. Juni. Die polnische Regierung beauftragte die polnische Militärmission in Paris, bei den Verbündeten auf die sofortige Zuwendung mit Sonderzug von 10000 Gasmasken, Mauer- und Kanlichexpatronen, sowie Artillerie hinzuwirken. Ferner solle Rumänien veranlaßt werden, an die Polen russisches Geschützmaterial mit je 3000 Schuss abzutreten. Die Sache sei dringend wegen des langsamen Eintreffens der französischen Artillerie.

Polnische Soldaten erpresen von den deutschen Bewohnern des Bezirks Birnbaum (Polen) mit vorgehaltenem Gewehr Unterschriften für eine Vereinigung mit Polen.

Kowno, 13. Juni. Das litauische Oberkommando berichtet unterm 7. Juni: Am 6. Juni haben unsere Truppen auf der ganzen Linie den Vormarsch angetreten und in Richtung Kupitsch-Daugpis wichtige Punkte besetzt. Die geschlagenen feindlichen Verbände werden von unseren Erkundungsabteilungen stark verfolgt. In Dänaburg herrscht Panik. Die Rote Armee läuft fluchtartig nach Smolensk ab.

Riga, 12. Juni. Nach den bisherigen Schätzungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer der lettischen Bolschewistenherrschaft in Riga auf über 3600 Personen. Auch in Winden und Wolmar sollen die Bolschewisten viele Hinrichtungen vorgenommen haben.

Amsterdam, 13. Juni. Die russische Räteregierung hat die deutschen Kolonien längs der Wolga zu einem Verband mit der Hauptstadt Seltzerinenstadt vereinigt.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 13. Juni. Savas meldet, es sei möglich, daß die Antwort des Biererats erst am Montag übergeben werde.

Der „Figaro“ meint, wenn die Alliierten energisch und entschlossen auftreten, so werde der Nachfolger Eberts nicht lange auf seine Unterzeichnung warten lassen.

Wilson erklärte den Vertretern der amerikanischen Freie, die amerikanische Friedensabordnung könne die Sache Irlands nicht offiziell vor der Friedenskonferenz zur Sprache bringen, sie werde aber alles tun, was im Interesse Irlands geboten sei. (Das ist sehr vieldeutig. D. Schr.) Die Freie erklärten, sie werden abwarten, ob die Friedensabordnung dem Beschluß des amerikanischen Senats (daß die eigentlichen Vertreter Irlands vor der Friedenskonferenz erscheinen und ihre Sache, die Errichtung einer Republik Irland, vertreten dürfen, Folge gebe. Andernfalls werden die amerikanischen Freie mit aller Kraft darauf hinwirken, daß die Sache Irlands vor der gesamten Friedenskonferenz zur Sprache komme.

Paris, 13. Juni. Wie verlautet, wird der Biererat trotz der Empfehlung Frankreichs die Anerkennung der vorläufigen Regierung des Admirals Koltchal in Sibirien noch nicht anerkennen, da seine Antwort über die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung ungenügend und er in letzter Zeit von den Bolschewisten erschlagen worden sei.

Verailles, 13. Juni. „Matin“ berichtet, daß Wilson und Lloyd George sich nach Ueberreichung der Antwort der Alliierten auf einige Tage von Paris entfernen werden. Orlando ist bereits nach Rom abgereist, weil seine Anwesenheit in Italien infolge des Aufstands in Sizilien und der Notwendigkeit, den Posten des Verpflegungsministers neu zu besetzen, dringend erforderlich wurde. Ferner muß Italien wichtige militärische Maßnahmen an der Rätischer Grenze vorziehen.

Frankreichs Entschädigungsforderung.

Paris, 13. Juni. Das „Journal“ stellt annäherungsweise die Entschädigungssumme fest, die Deutschland an Frankreich zu entrichten haben würde. So sind nach den Bestimmungen des Krieges vom 21. 3. über die Pensionen jährlich 1100 Millionen an die Verwundeten und Kranken auszugeben, ferner an die Witwen 700 Millionen. Auch in Betreff der Entschädigung von 300 Franken für jedes Kind kann die Gesamtsumme nur annähernd festgesetzt werden. Die zuständigen Kreise schätzen die Gesamtgröße der Pensionen usw. auf 3,7 bis 4 Milliarden. Die Schuld würde nach etwa 30 Jahren erlöschen. Sie beträgt für Frankreich allein schon zusammen etwa 120 Milliarden, während Deutschland für die ganze Entente nur die Summe von 100 Milliarden angeboten habe. Das Blatt meint, der gefährliche Feind wolle nicht einmal die Entschädigungen eilen, auf die Frankreich im Hinblick auf die sehr hohen Blutopfer seiner Söhne „Anspruch“ habe.

Weimar, 14. Juni. Die führenden Minister der Einzelstaaten sind in Weimar eingetroffen.

Graudenz, 13. Juni. Hier veranstalteten Offiziere und Truppen vor dem Standbild Kaiser Wilhelm I. eine militärische Guldigung.

Berlin, 13. Juni. Auf dem Friedhof Friedrichs-elde wurde heute gegen 4 Uhr nachmittag die Frau Iosa Luxemburg beerdigt. Einige tausend Unabhängige und Kommunisten bildeten den Leichenzug.

Rom, 13. Juni. Handelsminister Caviglioli und Kriegsminister Cavaglia sind zurückgekehrt; wahrheinlich werden sich weitere Minister anschließen.

Baden.

- (*) **Karlsruhe, 13. Juni.** Die Frauenlehnungsprozeßion wird sich aus Gründen, die sich aus der politischen Lage ergeben, in diesem Jahre auf die Kirchen beschränken.
- (*) **Heidelberg, 13. Juni.** Im Schuhmachergewerbe ist zwischen den Reisern und Gehilfen ein Lohnvertrag vereinbart worden. Die Stundenlöhne betragen 1,20 M., 1,60 M. und 2 M. ohne Rücksicht auf das Alter.
- (*) **Heidelberg, 13. Juni.** Der Zopfabschneider treibt hier noch immer sein Unwesen. An einem der letzten Nachmittage wurde einem Dienstmädchen, dem sich beim raschen Laufen das Haar gelockert hatte, der Zopf abgeschnitten. Als Täter sollen Zigeuner in Frage kommen.
- (*) **Durlach, 13. Juni.** Der bisherige Bürgermeister Dr. Bierau wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und Mehrheitssozialdemokraten auf weitere 9 Jahre zum Bürgermeister gewählt.
- (*) **Offenburg, 13. Juni.** Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr wurde der Tagelöhner Benz von vier ihn verfolgenden Gendarmen auf offener Straße inmitten der Stadt erschossen. Benz, ein berufsmäßiger Schmuggler, hatte zuerst auf die Gendarmen geschossen.
- (*) **Vörsach, 13. Juni.** Am Rheinufer bei Biersfelden wurden Schmuggler aufgegriffen, die Zuder und Schokolade aus der Schweiz nach Baden schaffen wollten. Einer der Schmuggler, der 21jährige D. Wagner, wurde dabei erschossen.



Konzert-Programm

der **KUR-KAPELLE WILDBAD**
Leitung: Musikdirektor P. Frantz

Sonntag, den 15. Juni,
vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- | | |
|--------------------------------------|-------------|
| 1. Choral: Nun danket alle Gott. | Kretschmer |
| 2. Krönungsmarsch | Mozart |
| 3. Ouverture „Die Zauberflöte“ | Weber |
| 4. Melodien aus „Freischütz“ | Merkling |
| 5. Zwei klassische Bauerntänze | |
| nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Anlagen | |
| 1. Freundestreue, Marsch | Blankenburg |
| 2. Konzert-Ouverture | Kalliwoda |
| 3. Heinerle, Heinerle, hab kein Geld | Fall |
| 4. Walzer aus „Czardasfürstin“ | Kaimann |
| 5. Wiener Volksmusik, angereicht | Komrak |
| 6. Aufzug der Stadtwaage | Jessel |
| nachm. 5—6 Uhr Kurplatz | |
| 1. Krönungsmarsch | Meyerbeer |
| 2. Ouverture „Der Feenschnee“ | Auber |
| 3. Schweizer Lieder, angereicht | Schenk |
| 4. Fackeltanz | Meyerbeer |
| 5. Wein, Wein und Gesang, Walzer | Strauss |

Montag, den 16. Juni,
vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- | | |
|--|--------------|
| 1. Choral: Wach auf mein Herz und singe. | |
| 2. Ouverture „Figaros Hochzeit“ | Mozart |
| 3. Serenade | Haydn |
| 4. Melodien aus „Wildschütz“ | Lortzing |
| 5. Noch sind die Tage der Rosen, Lied | Baumgartner |
| 6. Donausagen, Walzer | Fackl |
| nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Anlagen | |
| 1. Geschwind-Marsch | Springer |
| 2. Ouverture „Ilka“ | Doppler |
| 3. Melodien aus „Reiche Mädchen“ | Strauss |
| 4. Walzer aus „Zigeunerliebe“ | Lehar |
| 5. Württemberger Lied | Lindpaintner |

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 15. Juni. Dreieinigkeitsfest. Vorm. 7,10 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Köster Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit den Söhnen: Stadtpfarrer Köster. Abends 7,8 Uhr Bibelstunde: Stadtpfarrer Köster.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, den 15. Juni. 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 11 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. Montag keine hl. Messe. Donnerstag, den 19. Juni. Fronleichnamssfest: 6 1/2 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt, hernach Prozession. 2 Uhr Andacht, an den übrigen Wochentagen 7 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag von 4 Uhr an und Mittwoch in der Früh. Kommunion: Sonntag 6 1/2 Uhr, an den Festtagen bei der heil. Messe.

Ev. Jünglingsverein. Sonntag nachm. 3 Uhr.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 14. Juni. Gestern abend 5 Uhr fand die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderats mit Beibehaltung und Einsetzung der neugewählten Mitglieder und mit anschließender geselliger Vereinigung bei Gemeinderat Bechtle zum Panoramahotel statt. In den Ortsschul- u. Gewerkschulrat wurden gewählt die Herren Kappelmann, Brachhold, Großmann und Schwerdtle. — Der Stundenlohn der städt. Straßenarbeiter, der Arbeiter der Gasfabrik und des Elektrizitätswerks wird auf M. 1,30 erhöht. — Der städtische Beitrag zum Viehverderungs-Verein wird auf 400 Mark festgesetzt. — Das sog. Eisele'sche Haus wird nochmals zum Verkauf ausgeschrieben. — Als Krankenhausverwalter wurde der Kriegsinvalide Waidlich gewählt. — Dem Lehrer in Sprollenhaus werden für Schulreinigung 200 Mk. bewilligt. — Der Stadtoorstand hielt an den Gemeinderat eine bewillkommene und die neuen Pflichten und Rechte desselben betonende Ansprache. Auch die Gemeinderäte Bechtle und Großmann ergriffen das Wort.

Eine weitere Milliarde für die Familienunterstützungen. Nach einem Reichsgesetz vom Jahre 1888 hat die Auszahlung der Familienunterstützung an die Familien von Kriegsteilnehmern durch die sogenannten Lieferungsverbände zu erfolgen. In dem Reichsgesetz ist die Rückzahlung der vorausliegenden Beträge an die Lieferungsverbände durch das Reich vorgegeben, aber kein Zeitpunkt bestimmt, bis zu welchem die Rückzahlung zu erfolgen hat. In Anbetracht des großen Umfangs, den die Familienunterstützungen im Krieg angenommen haben, ist bisher vierteljährlich etwa 1/4 Milliarde den Lieferungsverbänden zurückerstattet worden. Neuerdings hat das Reichsfinanzministerium eine weitere Milliarde zur Verfügung gestellt, deren Auszahlung an die Lieferungsverbände zurzeit erfolgt. Ein Gesetzentwurf über die Termine der weiteren Rückzahlung ist zurzeit in Vorbereitung.

Reisebrotmarken. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli ab nur noch die neuen Reisebrotmarken eingelöst werden; alte Marken werden bis längstens 30. Juni umgetauscht. Die Einführung der neuen Marken war notwendig geworden, weil die einfachen alten Marken vielfach nachgemacht wurden und als geringwertiger Handelsartikel im Verkehr waren.

Den gewerkschaftlichen Schleichhändlern. gehen die Behörden jetzt gehörig auf die Kacke. Je strenger man vorgeht, umso deutlicher wird man aber auch gewahr, welcher erschreckenden Umfang der dunkle Schleichhandel, und zwar nicht erst seit gestern, angenommen hat. Aus allen Landesteilen laufen fortwährend Nachrichten über beschlagnahmte Schleichwaren ein; der Geldumsatz geht ins Fabelhafte. Bei der beginnenden Obsternte wird man etwas erleben können.

Das deutsche Arbeitsgesetzbuch. Die Schöpfung eines einheitlichen demokratischen Arbeitsrechts nimmt die Reichsregierung tatkünftig in die Hand. Im Mai haben unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer bereits Sitzungen stattgefunden. Die Gliederung der einzelnen Arbeitsgebiete, die an Mitgliedern des Ausschusses und an Unterausschüssen verteilt sind, ist folgendermaßen gebildet: 1) Allgemeines Arbeitsvertragsrecht; 2) Angestelltenvertragsrecht; 3) öffentlich-rechtliche Vorschriften des Arbeitsgesetzes (einheitlich hinsichtlich und Deimarbeit die Regelung dringlicher Arbeitsfragen der Deimarbeit ist schon vor Fertigstellung des Arbeitsgesetzes in Aussicht genommen); 4) organisatorische Fragen (einheitl. Arbeitsgerichte, die ebenfalls eine beschleunigte gesetzgebende Behandlung erfahren sollen); 5) Arbeitsvermittlung (hier gilt dasselbe); 6) Tarifvertragsrecht; 7) Koalitionen und Koalitionsrecht; 8) Lohnkammerial. Arbeitsvermittlung, Konflikt usw.); 9) Einigungsverein; 10) Bergverien; 11) Landarbeiter und landwirtschaftl. Weinde; 12) Recht der Hausangestellten; 13) Recht der Bahnangestellten; 14) Beziehungen zum Beamtenrecht und Recht der Staatsarbeiter und Staatsangestellten; 15) See-, Binnen- und Flößerei und Fischerei; 16) Arbeitsordnung; 17) Vorkaufbeschlagnahme. In der Sitzung vom 19. Mai, in der der Arbeitsplan mit Vertretern von Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen wurde, ist den Verbänden empfohlen worden, ihre besonderen Wünsche und Vorschläge schriftlich, gegebenenfalls in formulierten Entwürfen beim Reichsarbeitsministerium einzureichen, damit von vornherein die wünschenswerte Fühlung mit der Praxis und den Interessentenkreisen gewährleistet wird. Das künftige Arbeitsgesetzbuch soll nicht nur das Arbeitsvertragsrecht unter Beachtung der Sonderarten der einzelnen Arbeitnehmergruppen möglichst einheitlich gestalten, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht regeln. Auch ein einheitlicher Aufbau der Arbeitsgerichte ist im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungswerk geplant. Das in Vorbereitung befindliche Sondergesetz über das Arbeitsvertragsrecht, Rätepflichten und Mitbestimmungsrecht wird zwar der Beschleunigung halber besonders bearbeitet und vorgelegt werden, seine Eingliederung in das Gesetzbuch ist aber für späterhin in Aussicht genommen. Die Ausbahnung einer Internationalisierung des Arbeitsrechts soll im Auge behalten werden.

Vom Zuder. Nach amtlicher Berechnung sind in der Zeit vom 1. September 1918 bis 30. April 1919 13443865 Dg. Zuder gegen 15290135 im Vorjahr hergestellt worden. Verarbeitet wurden in dem gleichen Zeitraum 87300961 Dg. gegen 92290388 Dg. Rüben im Vorjahr.

Erhöhung der Hotelpreise. Der Verein Berliner Hotelbesitzer hat laut „N. N.“ in Anbetracht des neuen Lohnsatzes beschlossen, daß ab 1. Juli in allen dem Verein angeschlossenen Hotels das billige 7 M. kosten soll. Darüber hinaus berechnen alle Hotels 25 Prozent Aufschlag auf die Hotelfremden für Entlohnung des Personals, weil das seit dem Kellnerlohn erhobene Bedienungsgeld von 20 Prozent den durch

die jetzt Entlohnung entziehenden Mehrbetrag an Unkosten nicht deckt. In den Hotelrestaurants wird ein Aufschlag von 15 Prozent (bisher 10 Proz.) erhoben.

Neues Sigblatt. Im Eulen-Verlag in Berlin-Herzfelde wird ein neues illustriertes satirisches Monatsblatt „Der Hofnar“ erscheinen.

Vermischtes.

Ein neues Postmonopol? Wie orientiert, beabsichtigt die Reichspostverwaltung die Befreiung von Losenzungen außer halb ihres Erscheinungsorts zu monopolisieren. In diesem Zweck soll der Nationalversammlung ein Gesetz vorgelegt werden, welches ein Ende des privaten Zeitungsbesitzes bedeuten und auch den Zeitungen das Recht nehmen, außerhalb ihres Erscheinungsorts eigene Bestellungen ihrer Zeitungen an ihre Besteller vorzunehmen.

Erinnerungsbriefmarken. Vom 1. Juli ab werden bei sämtlichen Postanstalten des Reichspostgebietes Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 mit den Wertangaben 10, 15 und 25 Pfg. ausgegeben. Es werden zunächst an jeden Käufer von jedem Werte nur kleinere Mengen, später — sobald ein genügender Vorrat gedruckt ist — unbeschränkte Mengen abgegeben. Die Herstellung einer Postkarte zu 10 Pfg. zur Erinnerung an die Nationalversammlung ist in Vorbereitung.

Der amerikanische Speck. In Triebel (Baden) sind nach dem Genuss von amerikanischem Speck zahlreiche Personen an Magen- und Darmkatarrh erkrankt. Der Speck kam nur genossen werden, wenn er gut gekocht ist.

Geldsack über alles. In England-Südafrika (Südafrika) bestand bisher ein strenges Alkoholverbot für die Eingeborenen, insbesondere für die Arbeiter in den Goldbergwerken des Landesfürsten König Khama. Um sich eine neue Einkommensquelle zu erschließen, beschloß der englische Kolonialminister, das Verbot aufzuheben und den Verkauf von Alkohol in die Eingeborenen wieder zuzulassen. Da die Arbeiter sich aber nicht mit dem Widerstand des König Khama, der vom Alkohol die schwerste gesundheitliche Schädigung seines Volkes durch die Drogen schwer betroffenen Volks beklagte. Er hat erklärt, daß er im Fall der Aufhebung jenes Verbots keine Untertanen mehr Arbeit in den Goldminen verrichten werde. Die Aufhebung dieses alten Verbots, der eine völlige Kalamität des Goldbergwerkbesitzes bedeuten würde, wird bei den englischen Behörden wohl nicht ohne Wirkung bleiben.

Die Kölner Universität. Am 12. Juni wurde mit einer Festhandlung im Göttinger die Kölner Universität wieder errichtet. Köln war nach Heidelberg (1388) die älteste Universität Deutschlands (gegründet 1388) und die vierthöchste im hl. römischen Reich deutscher Nation; die ältesten sind Prag (1347) und Wien (1365). Im Jahre 1777 wurde die Universität nach Bonn verlegt, 1801 aber von Napoleon I. aufgehoben. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen stellte die Universität wieder her, sie verblieb aber in Bonn.

Geldraub. Fünf Banditen überfielen auf der Straße vom Dorfwerk nach Beuthen (Oberschlesien) einen Geldtransport der Postwerke. Die Räuber sind mit 150.000 Mark entkommen. In derselben Gegend ist vor drei Wochen eine ähnlich große Summe, die zu Lohnzahlungen bestimmt war, aus einem Auto der Postverwaltung geraubt worden.

Eine Milliarde falscher tschechischer Banknoten in Umlauf. Wie das „Prager Tagbl.“ meldet, soll eine Milliarde falsch gestempelter tschechischer Banknoten in Umlauf sein. Sie werden bei der Einwechslung gegen die neuen Staatsnoten zum Schaden der Besitzer beschlagnahmt und nur zur Hälfte eingelöst.

Schiffunglück. Reuter meldet aus New York, daß der Dampfer „Kewona“ am 11. Juni den deutschen Dampfer „Graf Waldersee“, der nach West unterwegs war, rund 100 Meilen von Sandy Hook gerammt hat. Der Maschinenraum des „Graf Waldersee“ war voll Wasser. Zwei Dampfer eilten zu Hilfe. Sie haben die Passagiere und die Besatzung an Bord genommen. Der „Graf Waldersee“ wurde am Longbeach auf Long Island an Strand gesetzt. 400 Passagiere und die Besatzung sind an Bord des Dampfers „Patricia“. Mehrere Mitglieder der Besatzung wurden beim Rammen verwundet. Der „Waldersee“ löste früher der Börmann-Gesellschaft in Hamburg.

Württemb. Landesversammlung.

Stuttgart, 12. Juni. Der Gesetzentwurf über die Neuwahl der Kirchen- und Kirchensitzungsräte wird in dritter Lesung mit einer vom Abg. Wurm und Gen. (B.P.) beantragten redaktionellen Änderung einstimmig angenommen. In der dritten Lesung wird das Landwirtschafts-gesetz einstimmig angenommen. Man geht hierauf über zum Verdrängungs-gesetz. Abg. Hornung und Gen. (U.S.P.) beantragen: „Alle Gesetze und Verordnungen des Landes treten außer Kraft, die in Widerspruch stehen zu den in der Verfassung anerkannten Rechten der Person und der vollen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gleichberechtigung, deren Verwirklichung das Volk aus Frucht der Revolution fordert.“

Berichterstatter Graf (Z.) legt den Inhalt des Gesetzes über die Maßnahmen der Regierung, sofern sie in Bekanntmachungen, Verordnungen, Verfügungen usw. vor dem 7. März d. J. zutage getreten sind, nachträglich die Zustimmung des Landtags zu geben.

Abg. Schaeff (B.P.) erklärt namens seiner Partei: Nachdem die Verfassung, in welcher besondere Rechte vorgezogen, verabschiedet ist, ist auch für den Weiterbestand der Arbeit- und Bauernräte kein Raum mehr. Unsere Fraktion hält deshalb die Aufhebung dieser Räte für ein dringendes Gebot.

Abg. Körner (B.P.) erklärt namens seiner Fraktion, daß die Räte in absehbarer Zeit verschwinden müßten, wie auch die Soldatenräte mit der Verabschiedung der neuen Verfassung.

Abg. Hornung (U.S.P.) protestiert gegen die Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte. Solange die Sozialisierung der Wirtschaft nicht durchgeführt ist, sei die Revolution unvollständig. Wenn wir, wie Ministerpräsident Blos sagt, über die Demokratie zum Sozialismus kommen wollen, dann können wir noch hundert Jahre warten. Wir verwerfen jede Waffengewalt (Zurück über die Spartakisten). Ich bin nicht Spartakist (Zurück zu den Mehrheitssozialisten: Aber Clara Zetkin!). Das geht mich nichts an! (Große Heiterkeit).

Staatspräsident Blos: Der innige Zusammenhang zwischen Unabhängigen und Spartakisten geht u. a. schon daraus hervor, daß die beiden Richtungen sich hier im Sinne zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben. Wir sind über die innerliche Zusammenarbeit der beiden Richtungen genau informiert. Der eine Teil macht die Punkte, der andere stellt sie dann hier auf den Rechtsstandpunkt. Das Spionagegeflecht der Spartakisten geht so weit, daß nicht einmal das Telefon mehr über sie gegenüber den Ausführungen Hornungs über die langsame Fortschritte in der Sozialisierung sei nur daran erinnert, daß Lenin bereits wieder zum Kapitalismus zurückgekehrt ist und den Gedanken der Sozialisierung von Staatswegen für un durchführbar erklärt hat.

Abg. Volz (Z.): Die Verabschiedung der Verfassung bedeutet für uns das Ende revolutionärer politischer Erwartungen. Politische Vorrechte einzelner Berufsgruppen sind mit der Verfassung unvereinbar; daher ist auch für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte kein Boden mehr, und insbesondere muß auch ihr Kontrollrecht über die Gemeinden und Amtskörperschaften aufhören.

Abg. Pfäffer (Z.): Die A. und S. Räte werden eine notwendige Einrichtung der Revolution. Durch die Einführung der Verfassungswahl haben sich aber die Verhältnisse erheblich geändert. Die weitere Entwicklung wird zunächst aber abgewartet sein.

Minister Lademann bittet den Abg. Hornung, mit ein
Konten, wie von heute auf morgen liquidiert werden könnte.
Der Minister bemerkt zu dem Antrag über die Zwangsenteignung,
die Besitzleistung bei Grund und Boden gehöre zu den schwer-
sten wirtschaftlichen Gefahren, nicht nur wegen der unglücklichen
Wirkung auf das Wohnungsproblem, sondern auch mit Rücksicht
auf die Rentabilität der Landwirtschaft.

Arbeitsminister Schläke bespricht das vereinfachte Ent-
scheidungs- und das Schiedsgerichtsverfahren: die schiedsgericht-
liche Tätigkeit habe namentlich der Spekulation entgegenzu-
wirken. Gegen ein ordentliches Gerichtsverfahren spreche das
Bedenken der Verschleppung, das Angebots der Notwendigkeit
der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch Notstandsarbeiten
oft schwer ins Gewicht falle.

Abg. Graf (3.): Gerade aus diesem letzterwähnten Grunde
müsse das Arbeitsministerium als Partei angesehen werden, wo-
gegen namentlich unter den Landwirten die schwersten Bedenken
bestehen, die durch den von den ordentlichen Gerichten zu ge-
währenden Schutz beseitigt werden können.

In der Abstimmung wird der Antrag Hornung abgelehnt,
der Antrag des Ausschusses, daß gegen die Entsendung der
Entscheidungsbehörde über die Entscheidung ein
Schritt durch die ordentlichen Gerichte zu ergreifen ist,
angenommen. Die Bestimmung über die Zahlungen der Arbeiter-
bauern- und Soldatenräte wird gegen die Stimmen der so-
zialdemokratischen Parteien und eines Teils der dem. Partei
abgelehnt, womit zum Ausdruck gebracht ist, daß diese Räte
künftig keine landesgesetzliche Grundlage mehr haben.

Württemberg.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Sommeraufent-
halt des früheren Königs.) Herzog Wilhelm und
Gemahlin werden einen mehrtägigen Sommeraufent-
halt in Seefeld bei Morbach nehmen.

Fremdenverkehr.

Die **Uebernachtungs-Tabellen** sind am 16. Juni
vormittags auf dem Lebensmittelamt vorzulegen. Ebenso
sind die **grünen Gastmarken** abgezählt abzugeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Kartoffel-Abgabe.

Am **Montag vormittag von 8 Uhr ab** werden
am Bahnhof Kartoffel abgegeben, pro Person 5 Pfund.
Bezugsberechtigten sind vorher auf dem Lebensmittelamt ab-
zugeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.
Kappellmann, Arbeiterrat Schlüter.

Berein für Bienenzucht, Neuenbürg.

Am **Sonntag den 15. Juni**, nachm. halb 3 Uhr, im
Saale des Gasthofs zur „Sonne“ in Neuenbürg

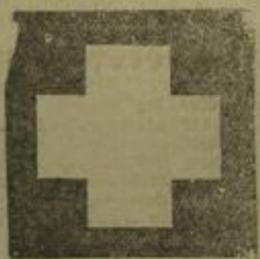
Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1) Jahresbericht.
- 2) Rassenbericht.
- 3) Vortrag des Herrn Oberlehrer Rentzler, Leiter
der Lehrbienenstände Hohenheim, über: „Die 3 Bienen-
wesen.“
- 4) Neuaufnahme von Mitgliedern.
- 5) Besuch der Bienenzuchtanlage des Unterzeichneten unter
Vorführung von Neuten nach Götters neuer Betriebs-
weise zur Erzielung reicher Donigernten.

Neuenbürg (Gnz), 11. 6. 19. 3 3.

Der Kassier: Eisenb.-Aff. R. 0.11.



Sämtliche Verbandstoffe und hygien. Gummiartikel,

alle frei verkäuflichen Apothekerwaren,

Hygea-Kinderleibchen,

Friedensausführung per Stück Mk. 5,

echte Crystalsauger,

das beste was es in Sauger gibt,

Schnuller mit Ring — echt Gummi —

Milchflaschen,

Vollkornwurzel — beim Zahnern der Kinder,

Zahnhalbbändchen.

Bandagen.

Bruchbänder, bis zur feinsten Gummiausführung,

Watte, Mullbinden,

Hartmanns Damenbinden,

Frauendouchen, Irigatoren u. Ersatzteile,

(auf Wunsch Damenbedienung).

— Wir verweisen auf unser Rabattsystem —

Medicinal-Drogerie

Grundner Nachf.

A. u. W. Schmit, Wildbad.

Note Kreuz Geld-Lotterie,

Ziehung 16 Juli 1919.

1 Hauptgewinn bar Mk. 30000 Mk. und 10000 Mk.

Jose a 2 Mark

zu haben bei

E. W. Voit.

Reine Tabake, Zigarren und Zigaretten

bei

Chr. Schmid u. Sohn,

König-Karlstr. 68.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Biersteuerge-
meinschaft.) Der Landtag hat dem Beitritt Würt-
tembergs zur Reichsbiersteuergemeinschaft zugestimmt. Die
vom Ausschuss vorgeschlagene Erhöhung des Stamm-
wurzgehalts auf 9 bis 11 Prozent wurde abgelehnt.
Die Bestimmungen, wonach „neue Brauereien“ während
der ersten 5 bis 10 Jahre stärker zur Steuer heran-
gezogen werden sollen, finden keine Anwendung, wenn
die Inhaber Wirte oder Genossenschaften sind.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Die Nationalfar-
ben.) Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauern-
bunds hat im Landtag den Antrag eingebracht, das
Staatsministerium zu ersuchen, im Staatsauschuss dafür
einzutreten, daß die Farben des Reichs schwarz-weiß-rot
bleiben.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Personalien.) Wie
verlautet, wird Ministerialdirektor Dr. Schall, der ge-
genwärtig die Interessen Württembergs bei der wirt-
schaftswissenschaftlichen Abteilung der deutschen Friedensabtei-
lung in Versailles vertritt, aus dem Staatsdienst aus-
scheiden und einen Direktorposten in den Daimlerwerken
übernehmen.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Kundgebung.) Für
gute war von dem Aktionsausschuss des geeinigten Pro-
letariats ein Generalfreitag anlässlich der Beisetzung der
Kosa Luxemburg und der Erziehung Levmies vorge-
sehen. Die Arbeiter von Boich und Daimler streiken,
sonst wird überall gearbeitet.

(*) Vom Oberland, 13. Juni. (Boher die
Milchnot kommt.) Ein Oberamt schreibt an die
Schultheißenämter, daß zu wenig Milch abgeliefert werde,
worauf einer der Schultheißen wie folgt erwidert: „Dem
Oberamt teilt unterzeichnete Stelle mit, daß nicht mehr
Milch wie bisher geliefert werden kann, indem zu viel
Düsen sich im Kommunalverband befinden.“

Gerichtssaal.

(*) Stuttgart, 12. Juni. (Prozess Hörnle.) Richter
Lag. Die Jugendberchnung wird fortgesetzt. Ueber die An-
griffe am Olgabau und am Bahnhof auf Sicherheitsmannschaf-
ten sagen die Zeugen aus, daß die Patrouille der Sicherheits-
mannschaft auf das gemeinste beschimpft, dann tätlich angegriffen
und zuletzt angeschossen wurde. Den Angeklagten Schay mit Be-
stimmtheit als Täter zu bezeichnen, vermochte keiner der Zeugen.
Hierauf wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen. Morgen
beginnt der Staatsanwalt mit der Anklagerede.

(*) Stuttgart, 13. Juni. (Ein Betrüger.) Der 19
Jahre alte Schlosser August Silberhorn von Ehlingen trieb
sich widerrechtlich in der Uniform eines Husaren herum und er-
schwindelte sich Geldbeträge von zusammen annähernd 1000 Mk.
Das Geld verjubelte er in Ulm. Die Strafkammer verurteilte
ihn zu 5 Monaten 15 Tagen Gefängnis.

Mutmaßliches Wetter.

Die Stürmungen dauern an. Am Sonntag und
Montag sind bei immer noch hoher Temperatur zahl-
reiche Gewitter zu erwarten.

A. Lorkant Meistern. Schlagraum-Berkauf

am Montag, den 16. Juni
1919, vormittags halb 10 Uhr,
im Kleinenhof:

aus Staatswald Meistern,
Abt. 5 Linfensteig, 6 Döfse-
weide, 7 Enzrich, 9 Eisen-
stube, 11 Holzweise, 12 Neu-
riß, 13 Weßbalkenriß, 16
Sandsteigle und 27 Bord-
Sulzhäusle.

Verloren

ging von der Wilh. Linstraße
oder König-Karl-Strasse bis
zum Bahnhof ein

Geldbeutel

mit Inhalt von einem Jungen.
Der ehrliche Finder wird ge-
beten, denselben in der Grob-
d. Bl. abzugeben gegen gute
Belohnung.

Fahrrad

mit neuer Vereisung verkauft
Carl Homelisch
Villa Schönblid.

Honer

Sport-Anzug

(Friedensware)
und gebrauchter
Frack mit Weste

preiswert zu verkaufen. Anzu-
sehen ab Montag 3—5 nach-
mittags

Villa Trippner, 2. Stock

Zum 1. Juli
Mädchen gesucht,
welches selbständig einfach
kochen kann.

J. Lemppenan

Höfen a. d. Gnz.

Tüchtiges

Hausmädchen,

ebenjo

Mädchen für Küche u. Haus,
mit herrschaftlichen Zeugnissen
in Dauerstellung für großen
Haushalt Berlins gesucht.

Angebote unter J. S. an die
Exped. d. Bl. erbeten.

Für 3 Mark

50 verschied. Künstler-
karten per Nachnahme.
M. Euler, München
Dadenstraße 14.

Susten, Atemnot,

Verfälschung.

Schreibe allen Leidenden gerne
umsonst, womit ich mich von
meinem schweren Lungenleiden
selbst befreite.

H. Deicke, Wackerleben
Provinz Sachsen.
Auch bei Hautjucken, Flechten,
Krätze, offenen Weingeschwären
gerne umsonst. Auskunft. Rück-
marke erwünscht.

Vandesturtheater Wildbad.

Heute abend
Meine Frau, die Hof-
schauspielerin

Lustspiel in 3 Aufzügen von
Alfred Müller u. Lothar Sachs.

Sonntag abend

Die Dollarprinzessin

Operette in 3 Akten von E. Fall

Gutes Gummiband

für Strumpfbänder ist wieder
eingetroffen bei
Robert Riczinger.

Größte Auswahl in Nähmaschinen

auch
Berseknämaschinen

in Eichen u. Kirschbaum,
sowie für Schneider und
Schuhmacher.

Auskunft kostenlos
Stephan Gerber,
Neutlingen.

Gegründet 1885.
Kriegsanleihe wird in
Zahlung genommen.

Vertreter an
allen Plätzen.

Frauen

verwenden bei
Beschwerden und
Störungen nur
Apotheker

Möllers

Tropfen
Flasche 10 Mark
diskret per Postver-
sand.

M. K. Rauch
Serritschkestraße.

„Medico“ Fürnberg,

Garantiert reine
Reisstärke,

alle
Waschmittel,

auch
an Verbraucher.
Edelmuth u. Oppenheim
Chemische Fabrik
Frankfurt a. M.

Abteilung Wäschereibedarf.

Gute billige Lektüre

(auch Leihbibliothek)

Ev. u. kath. Gesangbücher
Andachtsbücher

Wildbader Albums und
Ansichtskarten

(neueste Auflagen)
empfehlen höflich
GESCHW. FLUM
neben der „Sonne“.

Baumwollstoff

(Landesware)

für Leintücher, Bettzügen und Wasckleider geeignet,
sind eingetroffen zu billigem Preise.

Wildbad PHIL. BOSCH
Telefon 32.

Feine Schreibpapiere

offen und in Rappen, Blocks oder Kassetten,
empfehlen zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Geschwister Flum neben der „Sonne“.

Vergrößerung u

nach jedem Bilde in allen Größen
in nur tadelloser Ausführung,
erhalten Sie bei der

Graph. Kunstanstalt

Meyle u. Müller,

Pforzheim.

Bestellungen für Wildbad und Umgebung
nimmt entgegen G. A. Finzer, Juwelier,
Hauptstr. 75.

Möbel werden wie neu

wenn Sie „Rival“ verwenden. „Rival“ ist eine Nahrung
für den Lack und die Politur der Möbel, nimmt alle Flecken,
Schmutz, selbst Tintenspritzer von der Politur weg und läßt
eine glänzende Oberfläche zurück. Glänzende Atteste.

„Rival“ ist zu haben bei Wilhelm Bohnenberger,
Eisenwaren, Wildbad. Preis pro Flasche 2 Mk. portfrei,
gegen Nachnahme direkt durch den Fabrikanten.

H. Schmid, Apotheker, Groß-Pachsenheim 23 (Würt-
temberg). Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,
der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmotanjak

mit Heidelbeerzusaß
und mit Süßholz, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet
Mk. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutatzen,
zu 100 Liter Mk. 35.—

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Ettlingen.
Raidwangen, 3. 11. 1918.
Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmotanjak mit
Heidelbeerzusaß und mit Süßholz zu 200 Liter. Mit dem
letzten war ich sehr zufrieden u.

ges. Christian Schneider, Bahnwärter.

Kuenheim (Amt Rehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmotanjak hergestellte Ge-
tränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde er-
worben hat, so ersuche ich Sie freundlichst um sofortige Zu-
sendung einer Flasche Kunstmotanjak mit Heidelbeerzusaß
und mit Süßholz u.

ges. Karl Fr. Vandenberg.

Niederlagen werden errichtet.